

MARTEN BREUER

Staatshaftung für judikatives Unrecht

Jus Publicum

211

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 211



Marten Breuer

Staatshaftung für judikatives Unrecht

Eine Untersuchung zum deutschen Recht,
zum Europa- und Völkerrecht

Mohr Siebeck

Marten Breuer, geboren 1971; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Würzburg; 2000 Promotion daselbst; 2010 Habilitation an der Universität Potsdam; seit 2009 Dozent am Europa-Kolleg Hamburg; Lehrstuhlvertretung an der Universität Tübingen.

e-ISBN PDF 978-3-16-151762-4

ISBN 978-3-16-150535-5

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Sabon gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

„Habent sua fata libelli.“ Auch hinter dem vorliegenden Buch steckt eine längere Geschichte. Am Beginn stand das Urteil des EGMR im Fall Dangeville aus dem Jahr 2002. Das nur ein Jahr später ergangene Urteil des EuGH im Fall Köbler zur mitgliedstaatlichen Haftung wegen höchstgerichtlichen Unrechts unterstrich die Relevanz und Aktualität der Thematik. Wenngleich ich mich zu beiden Urteilen literarisch geäußert habe, so beschränkte ich mich jedenfalls im Fall des Köbler-Urteils auf einige ausgewählte Aspekte, um die grundlegenden Fragen einem – wie ich damals plante – großangelegten, rechtsvergleichenden Aufsatz vorzubehalten. Die Recherchen hierzu zeigten bald, dass der Umfang eines Aufsatzes bei weitem gesprengt werden würde. So entstand der Gedanke, die Thematik zum Gegenstand der Habilitationsschrift zu machen. Ein dahingehender Vorschlag wurde von meinem Habilitationsvater positiv mit den Worten quittiert, die Thematik erlaube es, „auf den Grund durchzustoßen“. Inwieweit mir dies gelungen ist, möge der Leser selbst beurteilen.

Die vorliegende Arbeit wurde im Februar 2010 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Habilitationsschrift angenommen. Für die Publikation wurden Rechtsprechung und Literatur bis Ende August 2010 berücksichtigt. Dies ist auch der Zeitpunkt des letzten Zugriffs auf sämtliche angegebenen Internetquellen. Spätere Rechtsprechung und Literatur sind nur noch sporadisch berücksichtigt.

Mein Dank gebührt naturgemäß zuvörderst und zuallererst meinem Habilitationsvater, Herrn Prof. Dr. Eckart Klein. An seinem Lehrstuhl für Staats-, Völker- und Europarecht habe ich nicht nur eine im zwischenmenschlichen Bereich sehr schöne Zeit verbracht, sondern auch sehr viel gelernt und persönliche Förderung vielfältiger Art erfahren. Dafür bin ich ihm zu großem Dank verpflichtet. Danken möchte ich auch dem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. Andreas Musil, für die zügige Erstellung des Zweitvotums. In den Dank mit einschließen möchte ich das gesamte Lehrstuhl-Team, das mir bei meinem Wechsel von Würzburg nach Potsdam einen sehr freundlichen Empfang bereitet und mich während meiner Potsdamer Zeit begleitet hat: Frau Ullrike Schiller, Frau Prof. Dr. Stefanie Schmahl, Herrn Rechtsanwalt Dr. Jan Thiele, Herrn Rechtsanwalt Frank Glienicke, Herrn ass. iur. Dr. Dominik Steiger, Frau Richter am VG Birgit Troppmann, Frau ass. iur. Gundula Ziegenhagen

und Frau RRef. Jutta Wickenhäuser. Auch die Kollegen vom MenschenRechts-Zentrum, Herr PD Dr. Norman Weiß und Frau Dr. Claudia Mahler, möchte ich hier nennen. Erwähnen möchte ich ferner Herrn Rechtsanwalt Georg Rixe, mit dem ich viele anregende Gespräche zur Haftung wegen überlanger Verfahrensdauer geführt habe.

Ein ganz besonderer Dank gebührt schließlich meiner Familie: meinen Eltern, Christel und Siegfried Breuer, und meiner Schwester Karen Albrecht samt ihrer Familie. Sie haben mir auch in persönlich schwierigen Zeiten stets vollen Rückhalt gegeben und so zum Gelingen dieses Werks wesentlich beigetragen. Diesen Rückhalt erfahre ich heute von Barbara Sandig mit Carlotta und Franziska, die ich deshalb in den Dank mit einschließen möchte.

Hamburg, im Juli 2011

PD Dr. Marten Breuer

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
---------------------------------	-----

§ 1. Einleitung.	1
--------------------------	---

Erster Teil Die deutsche Rechtsordnung

§ 2. <i>Zum Begriff des judikativen Unrechts</i>	6
--	---

A. Die richterliche Rechtsanwendung	7
I. Erkenntnistheoretische Prämissen der Rechtsanwendung	9
II. Methodologische Prämissen der Normanwendung.	16
B. Ergebnis.	26

§ 3. <i>Der verfassungsrechtlich garantierte Rechtsschutz gegen den Richter</i>	27
---	----

A. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	28
I. Entwicklung bis zum Plenumsbeschluss	30
II. Plenumsbeschluss vom 30. April 2003	31
III. Kritische Würdigung	34
1. Differenzierung zwischen Verfahrensgrundrechten und materiellen Grundrechten.	34
a) Die Rechtsprechung zu den sog. außerordentlichen Rechtsbehelfen	35
b) Übertragbarkeit des Plenumsbeschlusses auf sonstige Verfahrensgrundrechte	39
c) Übertragbarkeit des Plenumsbeschlusses auf materielle Grundrechte	42
2. Reduzierung auf Rechte von Verfassungsrang.	47
a) Lediglich einfachrechtlicher Rang der Unanfechtbarkeit?	48
b) Herleitung des Rechtsschutzanspruchs unmittelbar aus den Grundrechten?.	49

c) Stellungnahme	53
3. Zwischenergebnis	55
B. Gegenmodelle der Literatur	56
I. Art. 19 Abs. 4 GG als Sitz des Rechtsschutzanspruchs gegen den Richter?	56
II. An Art. 19 Abs. 4 GG orientierte Rechtsschutzmodelle	59
1. Begründung eines zweistufigen Instanzenzuges über die Effektivität des Rechtsschutzes (Horst Bauer)	59
2. Unterscheidung von Handlungs- und Urteilsmaßstab (Lorenz)	60
3. Unterscheidung von „Rechtsprechung“ und „Rechts- fürsorge“ (Smid)	62
4. Aufladung des Rechtsschutzbegriffs in Art. 19 Abs. 4 GG mit verfahrensrechtlichen Garantien (Schenke)	65
5. Das kontrollorientierte zweistufige Rechtsmittelsystem (Voßkuhle)	69
6. Zwischenergebnis	74
C. Elemente eines verfassungsrechtlichen Modells des Rechtsschutzes gegen den Richter.	74
I. Zum Kriterium der Einmaligkeit gerichtlichen Rechtsschutzes	75
1. Verfahrensgrundrechte	76
a) Rechtliches Gehör	77
b) Andere Verfahrensgrundrechte.	78
2. Materielle Grundrechte	80
3. Interdependenz von Verfahrensgrundrechten und materiellen Grundrechten.	81
II. Rechtsschutz durch den <i>index a quo</i> oder den <i>index ad quem?</i>	81
III. Rechtsschutz gegen die Rügeentscheidung?	85
IV. Garantie zumindest einmaligen Primärrechtsschutzes?	88
D. Gesamtergebnis	91
§ 4. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Staatsunrechts- haftung.	92
A. Kein Ausschluss unmittelbarer Staatsunrechtshaftung kraft Verfassungsrechts	93
I. Kein Ausschluss über Art. 34 GG.	94
1. Die Entstehungsgeschichte des § 839 BGB.	95
2. Art. 34 GG als Mindestgarantie.	101

B. Positive Grundlegung einer unmittelbaren Staatsunrechtshaftung kraft Verfassungsrechts	105
I. Art. 34 Satz 1 GG keine Haftungsgrundlage	106
II. Art. 19 Abs. 4 GG als Ausdruck direkter Zurechnung von Staatsunrecht.	108
III. Verfassungsrechtliche Verortung unmittelbarer Staatshaftung.	113
1. Aufopferung	114
2. Grundrechte	121
a) Das Privilegierungsargument.	123
b) Die grundrechtsunmittelbare Begründung einer Staatsunrechtshaftung	127
aa) Zur dogmatischen Verankerung des Folgebeseitigungsanspruchs	130
bb) Der Schutz absoluter Rechte im Zivilrecht.	133
cc) Konsequenzen für das Öffentliche Recht	136
dd) Zum Vorrang des Primärrechtsschutzes	138
3. Rechtsstaatsprinzip	143
a) Ungeschriebene allgemeine Wiedergutmachungsnorm	145
b) Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	145
c) Materielle Gerechtigkeit	147
d) Staatliches Gewaltmonopol.	147
aa) Begründbarkeit der Staatshaftung bei Verletzung von Leistungsrechten.	149
bb) Begründbarkeit des Vorrangs des Primärrechtsschutzes	150
IV. Konsequenzen	154
1. Schadensersatz oder Entschädigung?	154
a) Berücksichtigungsfähigkeit finanzieller Konsequenzen	156
b) Distributive Erwägungen	158
c) Bezugspunkt der Rechtswidrigkeit	159
2. Zur Verschuldensabhängigkeit der Haftung.	161
3. Passivlegitimation	163
V. Besonderheiten auf Ebene des Landesverfassungsrechts	166
C. Gesamtergebnis	167
§ 5. <i>Verfassungsrechtliche Parameter der Staatshaftung für judikatives Unrecht.</i>	169
A. Synthese aus „Rechtsschutz gegen den Richter“ und „Staatsunrechtshaftung“	169
B. Legitimationsgründe für weitergehende Haftungsbeschränkungen.	170

I. Vorüberlegung zum Verhältnis der Einschränkungsgründe	171
1. Rechtskraft als alleiniger Privilegierungsgrund	171
2. Richterliche Unabhängigkeit als alleiniger Privilegierungsgrund	173
3. Kombinationsmodelle	173
II. Die richterliche Unabhängigkeit	174
1. Geltung der Unabhängigkeitsgarantie bei inner- judikativer Beeinflussung	176
2. Abgrenzungsfragen	178
3. Richterliche Unabhängigkeit und Haftung	179
4. Schlussfolgerung.	182
III. Die Rechtskraft.	182
1. Formelle Rechtskraft	182
2. Materielle Rechtskraft.	186
3. Rechtskraft im weiteren Sinne.	188
4. Schlussfolgerung.	192
IV. Würde, Ansehen und Autorität der Justiz	193
1. „Standesprivileg“	194
2. Autorität der Judikative insgesamt	194
3. Die Rechtswegverteilung	196
C. Gesamtergebnis	202
§ 6. <i>Die einfachrechtliche Ausgestaltung der Haftung des Staates für judikatives Unrecht.</i>	204
A. Rechtshistorische Entwicklung der Richterhaftung.	204
I. Römisches Recht	204
II. Deutsche Reichsgesetze.	207
III. Das gemeine Recht	211
IV. Partikularrechte im 19. Jh.	212
1. Preußen	212
2. Sachsen	215
3. Linksrheinische Gebiete	216
V. Staatsrechtslehre im 19. Jh..	216
VI. Die Entstehung des § 839 Abs.2 BGB	219
1. Verhältnis zur bisherigen Rechtslage	220
2. Die Beratungen zu § 839 Abs.2 BGB	223
B. Die einzelnen Anspruchsgrundlagen	225
I. § 839 BGB i. v. m. Art. 34 GG	226
1. „Urteil in einer Rechtssache“	226
2. „Bei“ dem Urteil.	230
3. Haftung außerhalb von § 839 Abs.2 Satz 1 BGB	232
a) Rechtsanwendungsfehler	232

b) Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit . . .	234
c) Verfahrensverzögerung	235
d) Freiwillige Gerichtsbarkeit	236
4. Systemimmanente Kritik	239
a) Inkonsistenz in der Begründung des Haftungsprivilegs	239
b) Fehlende Berücksichtigung der Haftungsübernahme durch den Staat	241
c) Inkonsistenz von Wortlautargument und Telos	243
5. Systemtranszendente Kritik	246
a) Die Beamteneigenschaft	246
b) Ausübung eines öffentlichen Amtes	248
c) Die Amtspflichtverletzung	249
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung	249
bb) Abweichung von Präjudizien	253
cc) Besonderheiten bei Kollegialgerichten	256
d) Drittbezogenheit der Amtspflicht.	258
e) Verschulden.	259
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung	259
bb) Abweichung von Präjudizien	260
cc) Besonderheiten bei Kollegialgerichten	260
dd) Beschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	262
f) Kausalität.	263
g) Schaden.	265
h) § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	267
i) § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	270
k) Verhältnis von Primär- und Sekundärrechtsschutz (§ 839 Abs. 3 BGB)	273
aa) Grundsätzliches	273
bb) Zumutbarkeit des Primärrechtsschutzes	274
cc) Vorrang des Primärrechtsschutzes und außer- ordentliche Rechtsbehelfe	278
(1) Außerordentliche Berufung/Revision	279
(2) Außerordentliche Beschwerde	279
(3) Gegenvorstellung.	280
(4) Analoge Anwendung des § 321a ZPO?.	282
dd) Urteilsnichtigkeit.	284
l) Ergebnis	286
II. Weitere Anspruchsgrundlagen	287
1. Enteignungsgleicher Eingriff und Aufopferung	287
a) Haftungsprivilegierung für Urteile und urteils- vertretende Erkenntnisse	288
b) Haftung in nichtprivilegierten Fällen.	290
aa) Herausnahme bestimmter richterlicher Maßnahmen	291

bb) „Unrichtige“ Rechtsanwendung	292
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes	293
d) Rechtsfolge	294
2. Staatshaftungsgesetze der neuen Länder	294
a) Der Privilegierungstatbestand des § 1 Abs. 4 LStHG.	295
b) Haftung außerhalb des § 1 Abs. 4 LStHG	298
aa) „Unrichtige“ Rechtsanwendung	298
bb) Besonderheiten bei Kollegialgerichten	299
c) Verweisungsprivileg	300
d) Vorrang des Primärrechtsschutzes	300
e) Rechtsfolge	301
3. Art. 5 Abs. 5 EMRK/Art. 9 Abs. 5 IPBPR	301
a) Haftung im Anwendungsbereich des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	301
b) Haftung außerhalb des Anwendungsbereichs des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	305
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes	307
d) Rechtsfolge	308
4. Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungs- maßnahmen (StrEG).	308
a) Haftungsrechtliche Einordnung	310
b) Haftung im Anwendungsbereich des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	312
c) Haftung außerhalb des Anwendungsbereichs des § 839 Abs. 2 Satz 1 BGB	313
d) Vorrang des Primärrechtsschutzes	314
e) Rechtsfolge	315
5. Ergebnis	316
III. Gesamtergebnis.	316
 § 7. Die Haftung für überlange Verfahrensdauer	 317
A. Der verfassungsrechtliche Anspruch auf angemessene Verfahrensdauer.	 318
I. Verfassungsrechtliche Verortung	318
II. Bestimmung der angemessenen Verfahrensdauer.	325
B. Die haftungsrechtliche Ausgestaltung durch § 839 BGB	328
I. Die Amtspflichtverletzung	328
1. Herleitung	328
2. Anknüpfung an das Handlungs- oder das Erfolgsunrecht?	329
3. „Einfache“ und „qualifizierte“ Prozessverzögerung.	333
4. Individuelles Fehlverhalten und Organisationsmängel	334
II. Drittbezogenheit	335

III. Verschulden.	338
IV. Kausalität.	339
V. Schaden.	340
VI. Vorrangiger Primärrechtsschutz	342
1. Dienstaufsichtsbeschwerde	345
2. Ablehnung wegen Befangenheit	347
3. Revision	349
4. Ungeschriebene Untätigkeitsbeschwerde	351
5. Analogie zur Anhörungsrüge?.	357
6. Gesetzentwürfe zur Untätigkeitsbeschwerde	358
7. Besondere Reaktionsmöglichkeiten im Strafrecht	361
8. Verfassungsbeschwerde	363
VII. Verfassungsrechtliche Anforderungen	364
C. Weitere Anspruchsgrundlagen	368
I. Enteignungsgleicher Eingriff und Aufopferung.	368
II. Die Staatshaftungsgesetze der neuen Länder	370
III. Art. 5 Abs. 5 EMRK/Art. 9 Abs. 5 IPBPR	371
IV. Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungs- maßnahmen (StrEG)	372
V. Ergebnis	373
D. Nachtrag	373

Zweiter Teil Europarecht

§ 8. <i>Das Recht der Europäischen Union</i>	378
A. Grundlagen	378
I. Effektiver Rechtsschutz.	378
II. Haftung der Mitgliedstaaten	382
1. Herleitung	383
a) Aufopferung	384
b) Individualrechte	386
c) Rechtsstaatsprinzip.	389
2. Strukturmerkmale.	390
a) Unmittelbare Unrechtszurechnung	390
b) Haftung für Handlungs- oder für Erfolgsunrecht?.	393
c) Vorrang des Primärrechtsschutzes	396
B. Haftung der Mitgliedstaaten für judikatives Unrecht.	398
I. Einwände gegen die Haftung.	399
1. Die Rechtskraft	399
a) Formelle Rechtskraft	400

b) Materielle Rechtskraft	402
c) Rechtskraft im weiteren Sinne	402
2. Die richterliche Unabhängigkeit	404
3. Würde, Ansehen und Autorität der Justiz	404
II. Argumente für die Haftung	406
1. Europäische Menschenrechtskonvention	406
2. Rechtsvergleich	407
a) Belgien	408
b) Dänemark	412
c) Finnland	413
d) Frankreich	414
aa) Ordentliche Gerichtsbarkeit	414
bb) Verwaltungsgerichtsbarkeit	416
cc) Besondere Haftungsregime	417
e) Griechenland	417
f) Irland	419
g) Italien	419
h) Luxemburg	422
i) Niederlande	424
k) Österreich	426
l) Portugal	429
m) Schweden	431
n) Spanien	433
o) Vereinigtes Königreich	435
p) Ergebnis	439
III. Ausgestaltung des unionsrechtlichen Staatshaftungs- anspruchs wegen judikativen Unrechts	442
1. Zur Bedeutung der Letztinstanzlichkeit	443
2. Die unionsrechtlichen Tatbestandsvoraussetzungen	449
a) Zweck der Verleihung von Rechten	449
b) Hinreichend qualifizierter Verstoß	452
aa) Zum Haftungsmaßstab im Falle judikativen Unrechts	452
bb) Rechtfertigung des Haftungsmaßstabs	456
cc) Zur Bedeutung der Vorlagepflichtverletzung	462
dd) Der Fall Traghetti del Mediterraneo	464
c) Kausalität und Schaden	465
aa) Schadensberechnung bei Verstoß gegen die Vorlagepflicht	465
bb) Vorrang des Primärrechtsschutzes	466
(1) Vertragsverletzungsverfahren	466
(2) Kühne & Heitz	467
(3) Rechtsbehelfe des autonomen mitgliedstaatlichen Rechts (a) Deutschland	469
	470

(b) Spanien	474
(c) Österreich	475
(4) Anrufung des EGMR.	476
3. Passivlegitimation	478
4. Die Rezeption der Köbler-Rechtsprechung	
in den Mitgliedstaaten.	479
a) Vorläuferentscheidungen	479
b) Österreich	482
aa) Bestimmung des zuständigen Gerichts.	482
bb) „Hinreichend qualifizierter Verstoß“	484
cc) Vorrangiger Primärrechtsschutz	485
c) Deutschland	485
aa) Bundesgerichtshof	485
bb) OLG Karlsruhe	486
cc) OLG Frankfurt a. M..	488
d) Italien.	489
e) Frankreich	491
aa) Tribunal de Grande Instance de Paris	492
bb) Conseil d’Etat	493
f) Vereinigtes Königreich	496
5. Würdigung.	498
IV. Abschließende Betrachtung.	500
C. Haftung der Union für judikatives Unrecht.	501
I. Haftung für inhaltlich fehlerhafte Entscheidungen.	503
1. Haftung nach Unionsrecht	503
2. Gewährung von Entschädigung durch den EGMR	508
a) Materieller Verstoß.	509
b) Bloße Verfahrensverstöße.	511
aa) Vorabentscheidungsverfahren	511
bb) Direktklagen	513
II. Haftung wegen überlanger Verfahrensdauer	515
1. Unionsrechtliche Reaktionsmöglichkeiten.	515
2. Gewährung von Entschädigung durch den EGMR	518
III. Gesamtergebnis.	520
§ 9. Europäische Menschenrechtskonvention.	521
A. Grundlagen	521
I. Konventionsrechtlich garantierter Rechtsschutz	
gegen den Richter.	521
1. Die Rechtsprechungsentwicklung des EGMR.	523
a) Kein Recht auf einen Instanzenzug.	523
b) Konventionsrechtliche Verortung des Rechtsschutzes	
gegen den Richter.	524

2. Vom Rechtsschutzgebot erfasste Rechte	531
3. Grundrechtsunmittelbare Ableitung des Rechtsschutzes gegen den Richter?.	532
II. Konventionsrechtliche Vorgaben bezüglich der Staatshaftung	533
1. Gerechte Entschädigung gem. Art. 41 EMRK	535
2. Wegfall der Opfereigenschaft	536
3. Entschädigungspflicht aus Art. 13 EMRK.	539
III. Gesamtergebnis.	540
B. Konventionsrechtliche Vorgaben für die Haftung wegen judikativen Unrechts.	541
I. Art. 5 Abs. 5 EMRK	541
1. Begriff der „Rechtswidrigkeit“	542
2. Anspruchsinhalt	547
II. Art. 3 7. ZP-EMRK.	548
III. Staatshaftung wegen überlanger Verfahrensdauer	550
1. Unbedingte Staatshaftung.	550
2. Bedingte Staatshaftung	550
3. Nationale Entschädigungsgesetzgebung und -praxis	554
a) Italien.	555
b) Polen	558
c) Slowakei	561
d) Kroatien	564
e) Tschechien	566
f) Slowenien.	567
g) Portugal	571
h) Spanien	572
i) Frankreich	572
aa) Ordentliche Gerichtsbarkeit	573
bb) Verwaltungsgerichtsbarkeit	574
k) Schweden.	575
l) Luxemburg	575
IV. Gesamtergebnis.	576
C. Haftung für judikatives Unrecht gem. Art. 41 EMRK	577
I. Rechtsfolgen eines Konventionsverstößes.	577
1. Modifizierte Pflicht zur <i>restitutio in integrum</i>	577
2. Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft nationaler Urteile?.	578
3. Entschädigungspflicht	583
II. Zum Rechtswidrigkeitsmaßstab	584
III. Entschädigung für unionsrechtswidrige nationale Gerichtsentscheidungen	585
D. Haftung für judikatives Unrecht des EGMR	587

Dritter Teil
Völkerrecht

§ 10. Staatenverantwortlichkeit für judikatives Unrecht	592
A. Verantwortlichkeit für nationale Gerichtsentscheidungen	592
I. Unrechtszurechnung	592
II. Zur Bedeutung der Rechtswegerschöpfung.	597
III. Der judikative Völkerrechtsverstoß.	604
1. Abgrenzung von <i>déni de justice</i> und Verstößen gegen spezielle völkerrechtliche Verpflichtungen	604
2. Inhalt des Déni-de-justice-Verbots.	607
a) Jeglicher Völkerrechtsverstoß gegenüber Fremden?	607
b) Ausschließlich Zugang zum Gericht?.	608
c) Ausschließlich unterbliebene Wiedergutmachung eines vorangegangenen Unrechts?	609
d) Ausschließlich Systemversagen?	610
e) Rein prozedurale oder auch materielle Verstöße?	611
f) Verfahrensverzögerungen.	616
3. Gewohnheitsrechtliche Menschenrechtsstandards?	617
IV. Rechtsfolgen	619
1. Rechtsdogmatische Verortung.	619
2. Inhalt	620
a) Pflicht zur <i>restitutio in integrum</i> ?	621
b) Schadensersatz	630
c) Sonstige Rechtsfolgen.	630
B. Verantwortlichkeit für internationale Gerichtsentscheidungen	631
I. Unrechtszurechnung	631
1. Gerichte Internationaler Organisationen	631
2. Gerichte als Internationale Organisationen	634
3. Sonstige internationale Gerichte.	635
II. Haftungsmaßstab.	635
§ 11. Schlussbetrachtung	638
§ 12. Thesen	641
Literaturverzeichnis.	659
Namen- und Sachregister	719

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ä.L.	ältere Linie
a. M.	am Main
A. P.	Assemblée plénière
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
abgedr.	abgedruckt
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGBGB	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
AGO	Allgemeine Gerichtsordnung
AHG	Amtshaftungsgesetz
AJDA	L'Actualité Juridique – Droit Administratif
AJIL	American Journal of International Law
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis/Pratique Juridique Actuelle
AK	Alternativkommentar
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht
Am J Comp L	American Journal of Comparative Law
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
Ass.	Assemblée
Ass. plén.	Assemblée plénière
Aufl.	Auflage
Ausz.	Auszüge
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauR	Baurecht

BayBG	Bayerisches Beamtengesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg StHG	Brandenburgisches Staatshaftungsgesetz
BbgVerf.	Brandenburgische Verfassung
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
BBl.	Bundesblatt
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beil.	Beilage
BerlK	Berliner Kommentar
betr.	betreffend
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG LSA	Beamtengesetz Sachsen-Anhalt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGE	Bundesgerichtsentscheide
BGH	Bundesgerichtshof
BGHR	Systematische Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BTag	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BV	Bayerische Verfassung
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BYIL	The British Yearbook of International Law
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CanYIL	The Canadian Yearbook of International Law
CDE	Cahiers de Droit Européen
CE	Conseil d'Etat
CEPEJ	European Commission for the Efficiency of Justice
CJ	Chief Justice

CJQ	Civil Justice Quarterly
CLJ	The Cambridge Law Journal
CMLRev. concl.	Common Market Law Review conclusions
CPO	Civilprozeßordnung
D.	Digesta Iustiniani
d. h.	das heißt
D. R.	Decisions and Reports
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
Dig.	Digesta Iustiniani
dir.	direction
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
Doc.	Document
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
Dz. U	Dziennik Ustaw
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Entscheidung
EAG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (in der nach dem 1. Mai 1999 geltenden Fassung)
ebd.	ebenda
EC	European Community
ECHR	Reports of Judgments and Decisions / European Court of Human Rights
ECJ	European Court of Justice
ECU	European Currency Unit
EG	Europäische Gemeinschaft/Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der nach dem 1. Mai 1999 geltenden Fassung)
EGGBB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in der vor dem 1. Mai 1999 geltenden Fassung)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte. Deutschsprachige Sammlung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (in der vor dem 1. Mai 1999 geltenden Fassung)
EGZGB	Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch
Einl.	Einleitung
EJCL	Electronic Journal of Comparative Law
ELR	European Law Reporter
ELRev.	European Law Review

EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
EntschG LSA	Gesetz zur Regelung von Entschädigungsansprüchen im Lande Sachsen-Anhalt
Entw.	Entwurf
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPL	European Public Law
ER	The English Reports
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union/Vertrag über die Europäische Union (in der zwischen dem 1. Mai 1999 und dem 30. November 2009 geltenden Fassung)
EuG	Gericht erster Instanz (seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: Gericht)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon: Gerichtshof der Europäischen Union)
EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union (in der vor dem 1. Mai 1999 geltenden Fassung)
EUV-Lissabon	Vertrag über die Europäische Union (in der seit dem 1. Dezember 2009 geltenden Fassung)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvBl.	Evidenzblatt
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWHC	England and Wales, High Court
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das Gesamte Familienrecht
F. A. Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FeV	Fahrerlaubnis-Verordnung
ff.	folgende
FG	Finanzgericht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FU	Freie Universität
GA	Generalanwalt/General Assembly/Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GA'in	Generalanwältin
Gai.	Gaius
GBL.	Gesetzblatt
gen.	genannt
Gesamtred.	Gesamtredaktion
GG	Grundgesetz

ggf.	gegebenenfalls
GK	Große Kammer
GKG	Gerichtskostengesetz
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz
GRC	Grundrechtecharta
griech.	griechisch
GrS	Großer Senat
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gesetzessammlung/Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HaftEntschG	Haftentschädigungsgesetz (Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen)
HBG	Hessisches Beamtengesetz
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HmbBG	Hamburgisches Beamtengesetz
HRA	Human Rights Act
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung/Human Rights Review
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HV	Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
i.Br.	im Breisgau
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.E.	im Ergebnis
I.R.	The Irish Reports
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICJ	International Court of Justice
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IESC	Supreme Court of Ireland Decisions
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization
ILRM	Irish Law Reports Monthly
Inst.	Institutiones Iustiniani
IntKomm-EMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ital.	italienisch
IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
J.	Justice
j.L.	jüngere Linie
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter
Jh.	Jahrhundert
JJ.	Justices
JMBL.	Justiz-Ministerialblatt
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JöR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
Jura	Jura: Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KE-StGH	Kommissionsentwurf zum Staatshaftungsgesetz
KFOR	Kosovo Force
KG	Kammergericht
KK	Karlsruher Kommentar
Kl.	Kläger
krit.	kritisch
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
LBG Bbg	Landesbeamtengesetz Brandenburg
LBG BW	Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg
LBG MV	Landesbeamtengesetz Mecklenburg-Vorpommern
LBG NW	Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen
LBG RP	Landesbeamtengesetz Rheinland-Pfalz
LBG SH	Landesbeamtengesetz Schleswig-Holstein
LG	Landgericht
lit.	litera
LJ	Lord Justice
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LM	Lindenmaier-Möhring
LOPJ	Ley Orgánica del Poder Judicial
LQR	The Law Quarterly Review
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
LStHG	Landesstaatshaftungsgesetz
Ltd.	Limited
LT-Drucks.	Landtagsdrucksache
LV Bbg	Landesverfassung Brandenburg
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law

MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MPI	Max Planck Institut
MR	Master of the Rolls
MRK	Menschenrechtskonvention
MRM	MenchenRechtsMagazin
MüKo	Münchener Kommentar
n. F.	neue Fassung
N. F.	Neue Fassung
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
niederländ.	niederländisch
NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
NK	Nomos-Kommentar
no.	number
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungsreport
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.Ä.	oder Ähnliches
o.J.	ohne Jahr
OAG	Oberappellationsgericht
OBG NRW	Ordnungsbehördengesetz Nordrhein-Westfalen
OER	Osteuropa-Recht
OG	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof
ÖJK	Österreichische Juristenkommission
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung neue Länder
OLGR	OLG-Report
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
österreich.	österreichisch
OVG	Oberverwaltungsgericht
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PersFrG	Bundesverfassungsgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
poln.	polnisch
portugies.	portugiesisch

pr.	principium
preuß.	preußisch
PrGS	Preußische Gesetzsammlung
PrObTrib	Preußisches Obertribunal
QB	The Law Reports. Queen's Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBHG	Reichsbeamtenhaftungsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RdC	Recueil des Cours
Red.	Redaktion
RegBl.	Regierungsblatt
Res.	Resolution
RE-StrGH	Referentenentwurf zum Staatshaftungsgesetz
RFDA	Revue française de droit administratif
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes, Kommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RhPfVerfGH	Rheinland-Pfälzischer Verfassungsgerichtshof
RiA	Das Recht im Amt
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RM	Reichsmark
Rn.	Randnummer
ROGH	Reichsoberhandelsgericht
RPfG	Rechtspflegergesetz
RpflStud.	Rechtspfleger-Studienhefte
Rs.	Rechtssache
RTag	Reichstag
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
RTDH	Revue Trimestrielle des Droits de l'Homme
S.	Seite
S. A.	Société Anonyme
s.p.r.l.	société privée à responsabilité limitée
SächsBG	Sächsisches Beamtenengesetz
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SächsVerf.	Sächsische Verfassung
SBG	Saarländisches Beamtenengesetz
scil.	scilicet
Sect.	Section
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung
slowak.	slowakisch
slowen.	slowenisch
sog.	so genannt
sous-sect.	sous-section

SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum
Sp.	Spalte
span.	spanisch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StEG	Strafrechtliches Entschädigungsgesetz
StenBer.	Stenographische Berichte
StGB	Strafgesetzbuch
StHG	Staatshaftungsgesetz
StHG MV	Staatshaftungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
StHG-DDR	Gesetz zur Regelung der Staatshaftung in der Deutschen Demokratischen Republik – Staatshaftungsgesetz
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StPO	Strafprozessordnung
str.	strittig
StrEG	Strafverfolgungsentschädigungsgesetz (Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen)
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz (Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung)
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
TBBR/RGDC	Tijdschrift voor Belgisch Burgerlijk Recht/Revue Générale de Droit Civil Belge
TGI	Tribunal de Grande Instance
Thür StHG	Thüringisches Staatshaftungsgesetz
ThürBG	Thüringisches Beamtenengesetz
Tit.	Titulus, Titel
TPR	Tijdschrift voor Privaatrecht
u. a.	und andere/unter anderem
u.Ä.	und Ähnliche
u.U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
Übers.	Übersetzer
UHaftEntschG	Untersuchungshaftentschädigungsgesetz (Gesetz betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft)
Ulp.	Domitius Ulpianus
UN	United Nations
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNTS	United Nations Treaty Series
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
Ur.l. RS	Uradni list Republike Slovenije
usw.	und so weiter
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	versus/von
VA	Verwaltungsakt
verb.	verbunden
Verf.	Verfassung
Verf. RP	Verfassung für Rheinland-Pfalz

VerfGG	Verfassungsgerichtsgesetz
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	Erkenntnisse und Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes, Amtliche Sammlung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
w.N.	weitere Nachweise
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung (Die Verfassung des Deutschen Reiches)
WTO	World Trade Organization
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)
YBILC	Yearbook of the International Law Commission
YEL	Yearbook of European Law
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZRG RA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International

§ 1. Einleitung

In der Heiligen Schrift ist zu lesen:

„Du sollst nicht unrecht handeln im Gericht: du sollst den Geringen nicht vorziehen, aber auch den Großen nicht begünstigen, sondern du sollst deinen Nächsten recht richten.“¹

Die in diesen Worten zum Ausdruck kommende Forderung nach Gleichheit der Rechtsanwendung im Bereich des Normvollzugs bildet, um eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichts aufzugreifen, „die Seele der Gerechtigkeit. Und dies seit den Anfängen unseres Rechtsdenkens.“² Andererseits liegt den Worten die nicht minder elementare Erfahrung zugrunde, dass auch der Richter „unrecht handeln“, dass auch er das Recht verfehlen kann – sei es durch bewusste Bevorzugung einer Partei, wie in dem Zitat aufgeführt, sei es unbewusst durch Missverständnisse, Übersehen einer Rechtsnorm oder Ähnliches. Dass „auch objektiv unrichtige Richtersprüche ergehen können, ist niemals völlig auszuschließen, da dem menschlichen Erkenntnisvermögen von Natur her Grenzen gesetzt sind.“³ In einem Rechtsstaat, der auf die „Mäßigung und rechtliche Bindung aller öffentlichen Machtausübung“ abzielt,⁴ stellt sich folglich die Notwendigkeit einer rechtlichen Kontrolle auch der Dritten Gewalt; „sed quis custodiet ipsos custodes?“⁵

Damit ist das Grundproblem des „Rechtsschutzes gegen den Richter“ angesprochen. Für gewöhnlich begegnet die Rechtsordnung der Möglichkeit judikativen Unrechts durch das Zurverfügungstellen des Instanzenzuges. Was aber, wenn gegen eine richterliche Entscheidung kein Rechtsmittel eröffnet ist (z. B. wegen Nichterreichens der Berufungssumme, § 511 Abs. 2 Nr. 1 ZPO)? Oder wenn unabhängig von der Urteilsaufhebung ein irreversibler Schaden eingetreten ist (z. B. im Fall rechtswidriger Freiheitsentziehung)? In derartigen

¹ 3. Mose 19,15 (Die Bibel nach der Übersetzung Martin Luthers, revidierte Fassung von 1984).

² BVerfGE 54, 277 (296).

³ BGHZ 36, 379 (393).

⁴ U. Scheuner, in: FS 100 Jahre DJT, Bd. 2, 1960, S. 229 (250).

⁵ Das Zitat entstammt Juvenals Satiren (Liber II satura VI, 347) und ist zur Umschreibung des Problems des Rechtsschutzes gegen den Richter allgemein verbreitet. In seinem originären Zusammenhang freilich hat es mit der vorliegenden Thematik herzlich wenig gemein.